

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 8 (1988)
Heft: 16

Artikel: Herausforderung Europa : von der Vision zum Duty-Free Shop
Autor: Schächli, Hans / Tanner, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652503>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausforderung Europa: Von der Vision zum Duty-Free Shop

“In zunehmendem Masse beginnen Geschäftsleute, Wirtschaftler, Politiker der einzelnen Staaten und Mitglieder des Europäischen Parlaments sich darüber klar zu werden, dass ein Wiederaufblühen Europas von der Schaffung eines den ganzen Kontinent (!) umfassenden Markts abhängig ist.“ (EG 1987,19)

Angesichts einer gewissen “Europhorie“ auch auf der Linken gilt es heute zu fragen, was dieses Einigungsprojekt anzubieten hat, wenn es um die Lösung von Zukunftsproblemen geht. Aus der Optik der Europäischen Gemeinschaft besteht die wichtigste Herausforderung der Gegenwart im wirtschaftlichen und weltpolitischen Abstieg der europäischen Nationen. Der weltweite Konkurrenzkampf um knapper werdende Ressourcen habe sich seit den 70er Jahren drastisch verschärft. „Auf sich allein gestellt kann kein europäisches Land wirkungsvoll mit den gigantischen Ressourcen Japans oder der Vereinigten Staaten konkurrieren.“ (EG 1987, 10) Für Europa wird im Vergleich mit den USA und Japan ein stark unterdurchschnittliches Wachstum, eine höhere Arbeitslosigkeit, ein Rückstand in Leitsektoren und High-Tech-Branchen und eine geringere Rentabilität, Konzentration und Internationalisierung der Grossfirmen und multinationalen Konzerne registriert (Bechtler 1988). Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes biete sich jedoch für die europäischen Staaten eine „entscheidende Gelegenheit zur Wiedererlangung ihrer starken wirtschaftlichen Stellung“, so sei es möglich, „dass der relative Niedergang Europas umgekehrt und es in die Lage versetzt wird, wieder eine führende Stellung in der Welt einzunehmen“ (EG 1987,29,7) (1).

Die Schaffung eines EG-Binnenmarktes auf Ende 1992 verschärft nun auch für die Schweiz das „Spannungsfeld zwischen Integration und Isolation“ (Bechtler 1988). Dabei ist ein Stimmungswechsel weg vom selbstgenügsamen Nationalegoismus hin zu einer Isolierungsangst zu beobachten. Mancher Chauvinist wird plötzlich vom Alptraum geplagt, die kleine Schweiz könne den Anschluss an die europäischen Wachstumsraten verpassen. Auf der Linken breitet sich hingegen der Glaube aus, mit Hilfe des Einstiegs in „Europa“ könne der Ausstieg aus widerwärtigen helvetischen Realitäten möglich werden (Oggier 1988). Grossmachtträume und humanistische Visionen gehen so eine eigentümliche Symbiose ein. Es scheint sich ein Konsens herauszubilden, dass die EG „eigentlich“ eine gute Sache sei, zu der es auf die Länge keine Alternative gäbe. Diese unheimliche Allianz beruht auf der Annahme, die EG verkörpere sozusagen „die historische Bewegung eines Kontinents“ (Thalmann 1988,20).

Krise der Nation und westeuropäischer Superstaat

Die Idee, die jeweils anstehenden Gegenwartsprobleme durch sozioökonomische, politisch-institutionelle, ideell-kulturelle und psychisch-emotionale Integration auf territorialer Basis lösen zu wollen, ist nicht neu. Die nicht unproblematische Gleichsetzung von Emanzipation, Fortschritt und Glück mit Markt und Produktion, mit politischer und wirtschaftlicher Machtentfaltung, reicht bis in die Anfänge bürgerlicher Staats- und Nationenbildung zurück. Mit der Aufklärung und dem Einsetzen der Industriellen Revolution wurde dieser Prozess beschleunigt. Bis weit in das 19. Jahrhundert hinein lebten die Projekte nationaler Einigung allerdings von einem emanzipatorischen Schwung: die „Nation“ war nicht exklusiv an ein „Staatsgebiet“ gebunden. Sie griff über Grenzen hinaus, sie hatte eine internationale, eine universelle Dimension, sie sollte als Vehikel für die Erkämpfung der von der Französischen Revolution proklamierten Menschen- und Bürgerrechte dienen. Mazzinis ‚Giovane Europa‘ von 1834 verkörperte diese hochfliegenden Hoffnungen und weitgesteckten Erwartungen des „Risorgimento-Nationalismus“ (Alter 1985). Im ausgehenden 19. Jahrhundert führte dann die bürgerlich-bäuerliche Frontstellung gegen die aufstrebende sozialistische Arbeiterbewegung direkt in eine nationalchauvinistische, engstirnig-xenophobe Abschottung hinein. Die Balance von Öffnung und Identität wurde zerstört, die kultische Inszenierung der „Nation“ wurde zum Selbstzweck. Das „Vaterland“, das geschichtsmetaphysisch oder rassistisch überhöhte nationale Kollektiv stieg zur Raison d'être des Individuums auf. Die Menschen sahen sich zunehmend mit totalen Ansprüchen konfrontiert. Der Erste Weltkrieg, eine Katastrophe, die direkt mit diesem Konzept des expansiv-rücksichtslosen „integralen Nationalismus“ (Alter 1985) zusammenhing, stärkte jedoch das Bild eines Staatsterritoriums als Überlebenseinheit, als Schutz- und Trutzraum. Erst der Zweite Weltkrieg machte die Destruktivität der Nation in breitem Ausmass bewusst, souveräne Nationalstaaten schienen nun als ein Sicherheitsrisiko als kollektives Organisationsprinzip historisch definitiv ad absurdum geführt. Aus den Ruinen einer abgebrannten Idee erhob sich der Europa-Gedanke wie ein Phönix aus der Asche. In ostentativer Abgrenzung gegenüber der Wahnidee eines faschistischen „Neuen Europa“ unter der Hegemonie des „Dritten Reiches“, das die rassistische Verengung und imperiale Ausweitung des Konzepts der „Nation“ zu Ende geführt hätte, ging es nun um ein „Back to roots“, um eine Revitalisierung der humanistisch angereicherten „Risorgimento“-Idee. Anvisiert war eine Einigungsbewegung, die das kriegszerstörte, darniederliegende Europa wirtschaftlich wiederaufrichten, politisch einigen und zugleich emanzipatorisch-partizipative Energien freisetzen sollte. Die sogenannten „Konstitutionalisten“ oder „Systematiker“ (Ricklin/Zeller 1975) propagierten eine „positive Integration“, die auf die politisch-institutionelle Ebene abzielte.

Mit dem Einsetzen des Kalten Krieges und der militärischen Blockbildung wurde Europa ein beherrschter und geteilter Kontinent. Die Wahrnehmungsverzerrung durch stereotype Feindbilder machte es möglich, die Hälft-

te von Europa, den sogenannten „Ostblock“, ersatzlos aus dem Einigungs-Programm zu streichen, ohne dass dies in semantischer Hinsicht Konsequenzen gehabt hätte. Aber faktisch war „Europa“ fortan Westeuropa, der zweite Pfeiler des „atlantischen Bündnisses“. Mit Marshallplan-Hilfsgeldern und Direktinvestitionen aus den USA wurde das kapitalistische Wirtschaftswachstum angekurbelt, die „freie Marktwirtschaft“ erfuhr einen eindrucklichen Ausbau zum Bollwerk gegen den „Kommunismus“. Mit der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von 1951, nahm die neugegründete Bundesrepublik Deutschland zur Rettung einer nationalen schwerindustriellen Basis eine „europäisch“ verbrämte französische Kontrolle in Kauf (Löser/Schilling 1984,57). Mit der Verschärfung der Blockkonfrontation (Ausbruch des Korea-Krieges 1950) geriet das Projekt der „Vereinigten Nationen von Europa“ immer stärker ins Schwerefeld des Militärischen. Die „Erste Welt“ sollte zur dritten Supermacht aufsteigen, um beim Roll-back der UdSSR mitzuwirken (Löser/Schilling 1984,59). Als Frankreich dann aber 1954 die von ihm mitinitiierte „europäische Verteidigungsgemeinschaft“ scheitern liess, verflüchtigten sich die geostrategischen Aspirationen.

Nun schlug die Stunde der nüchtern rechnenden „Funktionalisten“ oder „Pragmatiker“, die auf die „negative Integration“, auf die Realisierung einer Reihe von (Wirtschafts)- „Freiheiten“ setzten. Im Windschatten einer rasanten Konzentration und Internationalisierung des westeuropäischen Kapitals sollte zuerst ein „gemeinsamer Markt“, eine Wirtschaftsunion geschaffen werden; nach dem alten Credo „Wandel durch Handel“ wurde ein „Spillover“ auf Politik und öffentliche Meinung prognostiziert, die mit einer gewissen Phasenverschiebung ebenfalls „europäisiert“ werden sollten. Mit den „Römer-Verträgen“, d.h. der Gründung der EWG und der Euratom im Jahre 1957, wurde der Grundstein für die „Europäische Gemeinschaft“ gelegt, die 1965 aus der Fusion der Montanunion, der EWG und der Euratom hervorging. Die pragmatische Organisation von Interessen wurde nach wie vor ideologisch überhöht; eine 1987 veröffentlichte EG-Broschüre preist die 1957er Verträge als „Ausdruck einer der grossartigsten Visionen aller Zeiten“ (EG 1987, 7).

Das Zusammentreffen von Weltwirtschaftskrise und Entspannungsära eröffnete dann, nach der erfolgreichen Erweiterung der EG von 6 (BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande) auf 9 Mitglieder (zusätzlich Grossbritannien, Irland, Dänemark) im Jahre 1973, eine Phase depressiver Stagnation. Das Schlagwort von der „Eurosklerose“ machte die Runde, die „Eurokraten“ in Brüssel sahen sich ernsthaften Anfechtungen ausgesetzt, der EG-Etat schien im Strudel agrarpolitischer Schwierigkeiten unterzugehen. Zu Beginn der 80er Jahre schien es klar, dass die „Süderweiterung“ – die Aufnahme Griechenlands (1981), später Spaniens und Portugals (1986) – die innereuropäische Kluft verschärfen und den Integrationsprozess hemmen würde. Schon war von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ die Rede. Nun sollte eine technologiepolitische Initialzündung wieder Schwung in den stockenden Integrations- und Wachstumsprozess

bringen. 1983 wurde das erste EG-F&E-Rahmenprogramm für die Jahre 1984-87 geschaffen, das die „technologische Lücke“ zwischen Westeuropa und den USA resp. Japan zu schliessen beabsichtigte. Ohne einen grossen Markt fehlten jedoch die betriebswirtschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen für die rentable Amortisation kostenintensiver Grossprojekte im Technologiebereich (Scherb 1988,6). In dieser Konstellation wurde die „Europa-Idee“ wieder eine Quelle neuer Zuversicht. Die Idee eines „gemeinsamen Marktes“ feierte ein triumphales Comeback, kommerzielle Expansion und technologische Innovation sollten im potenten Wirkungsverbund die europäische Zukunft sicherstellen. 1986 erhielt dieses ökonomisch-kommerzielle Vorhaben eines neuen Wirtschaftsraums mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ einen politisch-institutionellen Rahmen, eine gesetzliche Kodifizierung und einen neuen visionären Nimbus. Das, was sowieso entsteht, soll einen guten Sinn erhalten. Europa soll ein Superstaat werden mit allen Schikanen, mit einer „kontinentalen Identität“, einem Reisepass, einer Flagge, einer Hymne.

Europa: Mit alten Konzepten neue Probleme lösen?

Wir wollen die zukunftsorientierten Absichtserklärungen des „Technologie- und Binnenmarkt-Projekts“ in der Folge zuerst einmal zum Nennwert nehmen. „Europa“ soll im Problem-Panorama der Gegenwart verortet werden. Welche Beiträge zur Lösung der heutigen Herausforderungen – die zum Gegenstand unterschiedlichster Analysen gemacht und zu einer Unzahl von konkurrierenden Lösungsvorschlägen geführt haben – sind vom Projekt der „europäischen Einigung“ im gegenwärtigen Stadium zu erwarten?

— Seit der Club of Rome-Publikation „Grenzen des Wachstums“ von 1972 ist die absehbare Erschöpfung der weltweiten Ressourcen ein Dauerthema. Die Vertreter des europäischen Binnenmarkt-Projekts hingegen huldigen unverdrossen einer Ideologie des grenzenlosen Wachstums. In der Tatsache einer „unterdurchschnittlichen Zunahme des Produktionsausstosses“ Europas im Vergleich zu den USA und Japan sehen z.B. dessen Schweizer Promotoren gleichsam den Kern des Problems, aus dem sie mit einem „Turbo-Schub“ wirtschaftlicher Dynamik herausfahren wollen (akw 1988). Noch stärker als bisher sollen Waren und Menschen ökonomischen Imperativen und dem Profitkalkül unterworfen werden – ohne Behinderung durch Staatsgrenzen. Wie ein solches ökonomisches Expansionsmodell auf die Erfordernisse der Umwelt, der bereits massiv gestörten ökologischen Gleichgewichte abgestimmt werden könnte, darüber wird wenig verlautet. Es sind keine Ansätze feststellbar, die auf eine Neudefinition der Beziehungen zwischen Natur und Kultur, zwischen zivilisatorisch-industrieller Megamaschine und natürlicher Umwelt hindeuten würden. Umweltpolitisch fallen die EG-Normen noch hinter jene der Schweiz zurück, obwohl auch hierzulande die (durchaus hausgemachte) Verschmutzungssituation äusserst gravierend ist. Auch über den Giftmüll-Neokolonialismus, d.h. die zunehmende Tendenz, die Dritte Welt zur Müllhalde unserer auf Verschleiss getrimmten

Wegwerfgesellschaft zu degradieren, werden kaum Worte verloren.

— Der Nord-Süd-Konflikt spitzt sich weiterhin zu. In den 80er Jahren wurden die „Entwicklungsländer“ zu Nettokapitalexporteurs, vor allem über den leisen Mechanismus der „Terms of trade“ (Preisverhältnis zwischen Export- und Importgütern) findet ein gigantischer Ressourcentransfer von den armen Drittwelt- in die reichen Industrieländer statt. Die multinationalen Konzerne, die im Rahmen ihres „worldwide sourcing“, ihrer globalen Ressourcenmobilisierungsstrategie, diese für Millionen tödliche Auspowerung in betriebswirtschaftliche Erfolge ummünzen, haben inzwischen auch die „Schuldenkrise“ instrumentalisiert und betreiben mittels der „Debt-to-Equity Swaps“ (Umwandlung von Auslandsschulden in Beteiligungskapital) den Ausverkauf des Produktivkapitals verarmter Länder (Fröbel et al. 1986). Die momentanen Verhandlungen zwischen der EG und 66 Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums über die Fortsetzung der Kooperation nach dem Auslaufen des Lomé-III-Abkommens 1990 zeigen, dass Brüssel sich stärker als bisher an die Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) anzulehnen gedenkt und damit längerfristig ausgerichtete Strukturprogramme der kurzfristigen „finanziellen Disziplin“ opfert.

— Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde die westliche Welt immer einheitlicher. Der „American way of Life“, ein standardisierter material- und energieintensiver Lebensstil schuf optimale Ausgangsbedingungen für den Massenabsatz von kapitalintensiv produzierten, billigen Massenprodukten. Das Resultat ist schliesslich eine sehr weitgehende Nivellierung der Konsummuster, eine Standardisierung und Normierung des Alltagslebens. Die Pluralisierung der Lebensstile durch Individualisierung mündet ein in eine neue soziokulturelle Vermassung: Alle sind, ganz „privat“, denselben Zwängen ausgeliefert und in dieselben vorgeprägten Beziehungsmuster verstrickt. Die „Zerstörung der Kultur des Einzelnen durch die Konsumgesellschaft“ (P.P. Pasolini) wird, auch wenn das Gefälle zwischen einzelnen Regionen noch zunehmen wird, durch den EG-Binnenmarkt beschleunigt werden. Die forcierte Umwandlung von Bauern in Grossunternehmer und die „Europäisierung“ der Produktpalette sind nur zwei Beispiele dafür.

— Die EG segelt unter der Flagge des Friedens und der Völkerverständigung. Sie umfasst aber nur gerade 12 von insgesamt 34 europäischen Ländern. Als Rumpfprojekt ist sie durch den Ost-West-Konflikt und das „Gleichgewicht des Schreckens“ geprägt, auch wenn sie handelspolitisch – in Abgrenzung zu den neuen Kalten Kriegern aus den USA – sicher etwas zur Entkrampfung der Blockkonfrontation beigetragen hat. Doch die militärischen Aspirationen der westlichen Hälfte des Kontinents sind wenig dazu angetan, über situative Entspannungsinitiativen hinaus zu einer Überwindung der weltweiten Aufrüstung und der Blockrivalitäten beizutragen. In der Gesamttendenz zeichnete sich in den 80er Jahren vielmehr eine Militarisierung des westeuropäischen Integrationsprozesses ab. Die 1984 beschlossene Aktivierung der 1954 gegründeten „Westeuropäischen Union“ (Verteidigungsbündnis von 7 westeuropäischen Staaten innerhalb der NATO) geht

ebenso in diese Richtung wie die neuen Rüstungsanstrengungen innerhalb der EG (Greenwood-Bericht 1980; 1983er Beschluss zur Koordination der Rüstungsproduktion; Projekt eines Euro-Kampfflugzeuges und einer der SDI nachempfundenen European Defence Initiative). Insbesondere im Bereich der spitzentechnologischen Forschung erhöht sich der militärische Druck; eine derartige Entwicklung steht schliesslich auch einem verstärkten West-Ost-Technologietransfer im Wege und macht die westeuropäischen Staaten empfänglich für die Embargo- und Blockadepolitik der USA im Rahmen des COCOM.

— Die EG weist ein strukturelles Demokratiedefizit auf. Ein „vordemokratisches Europa als Spielball der Lobbys“ (Enzensberger 1988) wird kaum ins gelobte „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ führen. Es stimmt zwar, dass die Konzentration legislatorischer Entscheidungskompetenzen in der Exekutive in allen parlamentarischen Demokratien zu konstatieren ist; „Politik“ ist auseinandergefallen in ein Ritual (Inszenierung eines „Parlaments“) und eine Technokratie (Dominanz interessengebundener Experten). Dieser säkulare Trend wurde durch die EG bisher massiv beschleunigt. Parallel dazu macht die angestrebte Abschaffung der Staatsgrenzen bei gleichzeitiger Fortdauer von Problemen (genannt werden etwa „Drogenschmuggel und Terrorismus“, dann auch asylsuchende Flüchtlinge) den Aufbau neuer Sicherheitsorgane nötig, die sich einer demokratischen Kontrolle von allem Anfang an entziehen können. In einem lobbybeherrschten „Markt ohne Staat“ finden darüber hinaus gewerkschafts- und sozialpolitische Forderungen wenig Resonanz; „Mitbestimmung“ wird von den Euro-Konzernen als historisches Relikt gehandelt, vom sozialpolitischen Aktionsprogramm von 1972 ist kaum etwas übriggeblieben, und Sicherheits- sowie Verbraucherschutznormen sind steten Erosionstendenzen ausgesetzt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das „Binnenmarkt 92“-Projekt sich vorwiegend an Konzepten vergangener Jahrzehnte orientiert. Die gesellschaftlichen Probleme sollen wie bisher primär mit wissenschaftlich-technischem Fortschritt, mit Produktivitätswachstum und Marktexpansion gelöst werden. Das Zauberwort „europäische Dynamik“ reduziert sich auf quantitatives Wirtschaftswachstum, gestritten wird um einige flankierende sozial-, umwelt- und wettbewerbspolitische Massnahmen. Der Mythos von der „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith) die auch politisch-sozial alles zum Besten lenken würde, wenn erst einmal die Energien des freien Wettbewerbs entfesselt wären, lebt ungeschmälert fort.

Europäische Integration und Krise des Fordismus

Das Verfahren, die „Europa“-Realität mit der aktuellen Problemkonstellation zu konfrontieren und das Fehlen von Lösungsansätzen festzustellen, ist zwar notwendig für eine politische Kritik, analytisch aber nicht befriedigend. Ein Erklärungsmodell für den „EG-Binnenmarkt 92“ lässt sich am besten gewinnen, wenn Integrationskonjunktur und -formen der westeuropäischen Volkswirtschaften auf die Fordismus-Theorie bezogen werden. Unter

„Fordismus“ ist ein kapitalistisches Akkumulationsregime zu verstehen, das industrielle Produktivitätssteigerung (Fließband und Taylorismus) mit einer Massenkonsum- und Freizeitgesellschaft (Reallohnzuwachs und Arbeitszeitverkürzungen) verbindet. Die „fordistische“ Produktionsweise und die ihr entsprechende Lebensweise sind vermittelt über staatsinterventionistische Regulierung und sozialpartnerschaftliches Bargaining (Verhandeln). Die USA als fordistisches Pionierland setzten Europa seit dem Ende des Ersten Weltkriegs einem enormen Konkurrenzdruck aus. Erst das „Wirtschaftswunder“ ab 1950 brachte dann eine durchgreifende „nachholende Fordisierung“ (W.F. Haug) in den Metropolen der „Alten Welt“. Resultat dieser Aufholbewegung war eine „Amerikanisierung“ des industriekapitalistischen Westeuropas, verbunden mit einer ersten handels- und währungspolitischen Liberalisierung (2).

Das europäische Einigungsprojekt, das 1957 mit dem „gemeinsamen Markt“ programmatisch festgelegt wurde, war als langfristige Antwort auf die „amerikanische Herausforderung“ konzipiert. Die USA befanden sich nun in einem Dilemma. Jene Voraussetzungen, welche zur imperialistischen Expansion nötig waren, unterhöhlten auf die Länge die Grundlagen der „Pax Americana“, der weltwirtschaftlichen US-Hegemonie (Dieterich 1988). Das zum ansehnlichen Teil durch US-Direktinvestitionen finanzierte rasante Wirtschaftswachstum in Europa und die weitgehend selbstfinanzierte Modernisierung Japans führten eine tiefgreifende Veränderung des globalen ökonomischen Kräfteverhältnisses herbei. Der mit dem Namen „Bretton Woods“ verbundene Weltmarkt-Regulierungsmechanismus vermochte den zunehmenden Zahlungsbilanzungleichgewichten, Kapitalverwertungsschwierigkeiten und Wachstumsdisparitäten in den beginnenden 70er Jahren schliesslich nicht mehr standzuhalten; es kam zum Zusammenbruch des Dollar-Gold-Standards. Obwohl die daraufhin einsetzende offene Krise des fordistischen Akkumulationsregimes für ein Jahrzehnt auch den europäischen Einigungswillen paralyisierte, waren die Grundlagen für einen kommenden Aufstieg Westeuropas und Japans gelegt. Dieselben Verwertungsschwierigkeiten, welche eine strukturelle Krise des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems provozierten, waren auch der „neuen internationalen Arbeitsteilung“ förderlich, die durch eine Internationalisierung der Mehrwertproduktion, durch eine Verlagerung von Produktionsprozessen aus den Metropolen an die Peripherie charakterisiert war. Verschiedene „hochdynamische“ Schwellenländer (Südkorea, Hongkong, Singapur, Taiwan) begannen, mit den alten Industrieländern um Weltmarktanteile zu konkurrieren. In internationalen Konzernen, in „Weltmarktfabriken“, aber auch in innovativen Nischenunternehmen setzte der Wettlauf um die Automatisierung von Produktion und Absatz ein, der von einem neuen Kapitalkonzentrationsschub begleitet war.

Das EG-Technologieförderungs- und Binnenmarktprogramm kann vor diesem Hintergrund als Doppelstrategie interpretiert werden: Einerseits sollen damit die noch vorhandenen Potentiale der fordistischen Gesellschaftsformation (Skalenerträge, Produktvereinheitlichung, Marktausweitung)

voll ausgeschöpft werden, andererseits sind die angestrebten Veränderungen optimal auf die Konturen eines neuen, „post-fordistischen“, durch kapitalintensive, automatisierte Produktion, sozialpolitische Deregulierung und Arbeitsmarktflexibilisierung gekennzeichneten Akkumulationsregimes abgestimmt. Ein Zurückdrängen der Gewerkschaften, ein weiterer Abbau des nationalstaatlichen Wirtschaftsinterventionismus und eine neokonservative Moralisierung des gesellschaftlichen Selbstverständnisses sollen die Grundlagen bereitstellen für einen qualitativ neuen Akkumulationszyklus. Die Lohn-, Sozial- und Technologiepolitik soll von gesetzlichen Auflagen und vertraglichen Restriktionen „befreit“ werden. Dezentralisierung und Flexibilisierung der Arbeit bei gleichzeitiger Machtballung auf den Chefetagen, eine Verschärfung der innereuropäischen Disparitäten und die Inkaufnahme einer „Zwei-Drittels-Gesellschaft“: solche Phänomene sind auf dem Weg der EG in den „Binnenmarkt 92“ festzustellen.

Die Schweiz und die EG

Die Schweiz ist seit 1973 Freihandelspartner der EG, die ihr weitaus wichtigster Handelspartner ist (die Hälfte der Exporte und zwei Drittel der Importe werden mit EG-Ländern abgewickelt.). Seit 1984 konnte sie sich auch verstärkt in die Forschungskooperation mit der EG einschalten, wobei – insbesondere ab 1985 mit EUREKA – die Ankurbelung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts teilweise nach dem Motto: „Was haben griechische Olivenhaine mit Mikro-Chips zu tun?“ aus dem komplexen, problemüberfrachteten EG- Entscheidungsprozess herausgelöst wurde. Die demonstrative Entschlossenheit, mit der 1985 der „Binnenmarkt 92“ als neues Integrationsnahziel zur Stärkung der „europäischen Wirtschaft“ lanciert wurde, liess vielerorts die bange Frage auftauchen, wie gross bei einem Nicht-Beitritt das EG-„Diskriminierungspotential“ auf die Länder der „Rest-EFTA“ zu veranschlagen wäre. Währenddem die einen auf weitere Wirtschafts- und Forschungsintegration setzen und damit der Beitrittsfrage glauben ausweichen zu können, machen sich andere zu Verfechtern eines EG-Anschlusses. Eine dritte Position geht demgegenüber davon aus, dass Alternativen zur EG entwickelt werden müssen.

– Die offizielle Position, welche der schweizerische Bundesrat im „Integrationsbericht“ vom 24.8.1988 zum Ausdruck bringt, hält fest, die „grosse Mehrheit des Schweizer Volkes“ wolle „an den staatspolitischen Grundgegebenheiten der Nation festhalten“ (382), und eine „politisch stabile und neutrale Schweiz mit einer glaubwürdigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ liege „nicht nur im schweizerischen, sondern in einem übergeordneten gesamteuropäischen Interesse“ (378/79). Ein Beitritt soll deshalb auf absehbare Zeit nicht ins Auge gefasst werden. In der „Verbesserung der schweizerischen Europafähigkeit“ wird aber ein „wichtiger Schlüssel für die Bewältigung unserer Zukunft“ (379) gesehen. Durch „autonomen Nachvollzug“ von EG-Massnahmen und das „Streben nach Parallelität“ im Gesetzgebungsprozess kann die Schweiz am ehesten ihre – für den Finanzplatz und die

Multis wichtige – formelle Unabhängigkeit und Neutralität wahren und gleichzeitig den faktischen Anschluss an den europäischen Integrationsprozess finden. Viele Schweizer Grossunternehmen haben denn auch „durch Gründung von Zweitunternehmen im EG-Raum den Beitritt zur EG bereits vollzogen“ (akw 6) (3).

— Ein Teil der schweizerischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung ist offensichtlich bereit, die Rolle der idealistischen Nationalisten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zu spielen: die „Enge der Heimat“ soll mit dem Hineinwachsen in einen neuen weiten Raum durchbrochen werden. Föderalistisch-bundesstaatliche Rezepte aus dem historischen Erfahrungsfundus sollen dazu dienen, die prosaische gesellschaftliche Wirklichkeit fiktiv zu überhöhen (Rifflet/Gross 1988). Dieser idealistische Europaenthusiasmus resultiert ebenso aus einem gewissen Geschichts determinismus (das „Rad der Geschichte“ ist unterwegs nach Europa!) als auch aus einer Ernüchterung, was die mittelfristigen Veränderungsspielräume in diesem Land anbelangt. Ein EG-Beitritt soll frischen Wind in die abgestandene, selbstgefällige Schweizer Politik bringen und einen Durchbruch bei der Ausländerpolitik, bei der Konsumentenpolitik und beim Kartellrecht möglich machen.

— Unsere Analyse hat deutlich gemacht, dass wir uns jener Position zurechnen, die in einem EG-Beitritt der Schweiz nichts Zukunftsverheissendes zu sehen vermag – dies nicht in erster Linie wegen der Konsequenzen, die ein solcher Schritt für die Schweiz hätte (hier wären, neben massiven Verschlechterungen im Verkehr-, Agrar- und Umweltbereich, vielleicht kurzfristig tatsächlich die erwähnten Verbesserungen zu erzielen), sondern wegen der Perspektivlosigkeit des heutigen EG-Projekts. Eine linke Ablehnung eines EG-Beitritts muss sich allerdings glaubwürdig abgrenzen können von nationalistischen und xenophoben Positionen. Die „Nation“ ist ein Anachronismus, gerade deshalb kann man sie nicht durch eine „Supernation“ überwinden. „Wir als West-Europäer im globalen Konkurrenzkampf“: das endet in einer historischen Sackgasse. Mit dem Aufbau einer solchen halbkontinentalpartikularen „Wir-Identität“ würden bloss all die schönen Illusionen der Vergangenheit reproduziert (4). Es geht vielmehr darum, Formen von internationaler Kooperation zu entwickeln, die auf den Problemlösungsbedarf einer modernen Industriegesellschaft und die zugleich auf sozialistische Zielsetzungen und ökologische Erfordernisse abgestimmt sind. Wir müssen weiterhin fordern, dass die Schweiz der UNO beitrifft, ihr Engagement in der KSZE, im Europarat (wo auch osteuropäische Staaten Mitglieder werden sollten) und in der ECE (Europäische UNO-Wirtschaftskommission) verstärkt. Wir sollten Strategien finden für eine stärkere gewerkschaftspolitische Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene. Diese transnationale Orientierung wiederum muss verbunden werden mit einer Rückbesinnung auf Basisdemokratie und regionale Selbstbestimmung. Nur aus einer Demokratisierung und Aktivierung der Innenpolitik kann letztlich eine neue Aussenpolitik resultieren, welche die „Nation“ hinter sich lässt.

Anmerkungen

- 1) Die „Kosten der Nichtexistenz Europas“ (EG 1987, 14 ff.) werden auf jährlich 250 Mrd Dollar geschätzt, das sind ca. 7% des Sozialprodukts oder bis zu 5 Millionen Arbeitsplätze (akw 1988, 4). Über das die Arbeitslosigkeit verschärfende Rationalisierungspotential gibt es demgegenüber kaum verlässliche Angaben.
- 2) Siehe dazu den Beitrag von W. Schöni: Maschinerie mit Katalysator, in diesem Widerspruch-Heft.
- 3) In diesem Sachverhalt liegt auch die spezifische Differenz zwischen der Schweiz und Österreich begründet: die Fähigkeit der österreichischen Unternehmen zum faktischen Beitritt ist weit weniger entwickelt als in der Schweiz.
- 4) Siehe dazu die Beiträge um Nationalismus und Nationale Identität im Widerspruch-Heft 13, „Nation, Volk & Rasse“, Zürich 1987.

Literatur

- Alter, Peter, 1985: Nationalismus. Frankfurt a.M.
- Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft (akw) 1988: Verbesserungen unserer Rahmenbedingungen – Blickwinkel Europa, Zürich.
- Bechtler, Thomas W., 1988: Die Schweiz im Spannungsfeld von Integration und Isolation. Zürich (Arbeitskreis Kapital und Wirtschaft).
- Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 24.8.1988, Bundesblatt 1988/III S. 250-382.
- Die Grünen (Hg.), 1985: Euromilitarismus. Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“. Köln/Bonn.
- Dieterich, Heinz, 1988: Die Geburt der Freien Welt aus dem Geist des Kapitals. In: Widerspruch. H. 15, 113-125, Zürich.
- EG 1987: Die Gemeinschaft 1992: Ein Markt mit neuen Dimensionen. Luxemburg.
- Enzensberger, Hans Magnus, 1988: Brüssel oder Europa – eins von beiden. In: Lettre internationale, Sommer '88, Berlin.
- Fröbel, Folker u.a., 1986: Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek/Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg.
- Kappeler, Beat, 1988: Die europäische Gemeinschaft – mit oder ohne Schweiz? In: Gewerkschaftliche Rundschau, H 5, Sept./Okt. Bern.
- Löser J./Schelling, U., 1984: Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke. München.
- Oggier, Willy, 1988: Abseitsstehen oder mitmachen. In: Infrarot 1988/70.
- Ricklin, Alois/Zeller, Willy, 1975: Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft. Zürich.
- Rifflet, Raymond/Gross, Andreas, (Interview), 1988: „Europa: Bald ein demokratischer Bundesstaat“, TagesAnzeiger 31.8.88.
- Scherb, Margrit/Morawetz, Inge (Hg.), 1988: Der Unheimliche Anschluss. Österreich und die EG. Wien.
- Thalmann, Jörg, 1988: 1992. Was tun? Schweizer Binnenmarkt-Handbuch. Basel.